

TOP 2.1

Subventionen 2021

TOP 2.2

Fachausschussmittel 2. Quartal 2021

TOP 2.3

**Behandlung der dem Vorstand
zugewiesenen Anträge der 174. VV**

TOP 2.4

**Aufnahme in den 71. Lehrgang
der Sozialakademie**

TOP 2.5

**Aufnahme in den 19. Lehrgang der
Wiener BetriebsrätInnen-Akademie**

TOP 2.6

Änderungen in den Fachausschüssen

TOP 2.1 Subventionen 2021

Nr	Antragsteller	gefördert 2020	Antrag für 2021	Beschluss- vorschlag
1	Südwind - Verein für Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit	€ 10.000,00	€ 10.000,00	€ 10.000,00
Angenommen ☐		Einstimmig ☐		Mehrheitlich ☐
				Rückstellung ☐

Wv Vorstand am:	23.03.2021		BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung bzw. zur Information an: Ehmann (DP), Schamilov, Kohl, Spiegl, Bauer, Stadlinger (FR),			

TOP 2.2 Fachausschussmittel 2. Quartal 2021

Fachausschuss	Betrag
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	38.367,00
Gewerbe und Industrie	31.365,00
Geld, Kredit, Versicherungen	15.225,00
Werbung, Marketing, Kommunikation, ...	6.699,00
Erwachsenenbildung, Erziehung, ...	6.699,00
Graphische u Papierverarb Gewerbe	18.270,00
younion _ Die Daseinsgewerkschaft	6.000,00
Bauhauptgewerbe	19.183,50
Bauhilfsgewerbe	13.702,50
MalerInnen, AnstreicherInnen...	12.180,00
Pflasterer und PflasterInnen	5.937,00
SteinarbeiterInnen	4.872,00
Hafner, Fliesenleger, Rauchfangkehrergew.	5.481,00
TapeziererInnen	9.439,00
TischlerInnen	14.311,50
Bedienstete d.Privat- u.Ordenskrankenhäuser...	8.067,00
Friseur/FriseurInnen,KosmetikerInnen....	28.500,00
Denkmal-, Fassaden-, GebäudereinigerInnen	8.655,00
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	8.655,00
Soziale Dienste	7.287,00
Gastronomie	8.610,00
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	10.473,00
Heime, Internate	6.681,00
Schiene	7.134,00
Bewachung und Sicherheit	6.831,00
ArbeiterInnen im Handel und Transport	5.466,00
Gartenbau und Floristik	8.325,00
BäckerInnen	9.000,00
FleischerInnen	6.300,00
Getränke	5.400,00
ZuckerbäckerInnen	12.525,00
Chemie	8.700,00
Metall- und Orthopädietechnik	9.825,00
Sanitär, Heizung u Lüftungstechnik	17.100,00
SpenglerInnen und Kupferschmiedinnen/-schmiede	9.600,00
ElektroinstallationstechnikerInnen, GürtlerInnen....	15.225,00

MechanikerInnen	14.400,00
KälteanlagentechnikerInnen	11.250,00
Textil-Bekleidung-Leder	5.000,00
BerufskraftfahrerInnen	21.000,00
Gesundheitsberufe	36.000,00
	503.740,50

Angenommen ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐	Ablehnung ☐
Wr Vorstand am:	23.03.20201	Rückstellung ☐	BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung an: Norbert Bacher-Lagler, Karin Taraba (FA), Gerhard Bröthaler, Alice Fürst (LI)			

TOP 2.3 Behandlung der dem Vorstand zugewiesenen Anträge der 174. VV

FA/FPÖ-Dringliche Resolution 1 an die 174. Vollversammlung der AK Wien

Zivile Landesverteidigung und Stopp Kasernenverkauf

Die 174. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien spricht sich für den Ausbau unsere umfassende Landesverteidigung, insbesondere der zivilen, sowie einem dringenden Veräußerungsstopp von Kasernenliegenschaften aus.

Begründung:

Die schrecklichen und unsagbar tragischen Vorfälle von Allerseelen haben uns auf sehr traurige Weise in Erinnerung gerufen, wie wichtig unsere zivile Landesverteidigung ist. Unser aller Mitgefühl gilt den Familien der Opfer des feigen Terroranschlages.

Das österreichische Bundesheer ist als Institution ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft und unserer Verfassung. Ein Faktor, auf den wir uns nicht nur in Krisen- und Katastrophenzeiten verlassen können und sollten. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, das Bewusstsein und die Akzeptanz für eine umfassende Landesverteidigung nicht nur in der Bildung zu berücksichtigen, sondern auch in der Bevölkerung, sowie in der Politik und Wirtschaft zu stärken. Gerade jetzt, in Zeiten der Pandemie, haben wir gesehen, wie wichtig auch die zivilen und wirtschaftlichen Komponenten sind und wo unser Bundesheer überall zum Wohle der Bevölkerung eingesetzt wird. Viele Bereiche hätten ohne den Einsatz und die tatkräftige Unterstützung in dieser Form gar nicht erst bewerkstelligt werden können.

In Notfällen greift man übrigens sehr gerne auf unser Bundesheer zurück, seien es heikle Einsätze, Objektschutz, Katastropheneinsätze/-schutz oder diverse Dienste an Hotlines und vielem mehr. Wenn Krisensituationen vorbei sind, vergessen alle sehr schnell wieder, wie wichtig die umfassende Landesverteidigung ist. Wir benötigen aber neben der militärischen auch die wirtschaftliche, die geistige und vor allem für die zivile Landesverteidigung. Letzteres ist in den Köpfen vieler Menschen komplett in Vergessenheit geraten.

Aktuell wird beim Bundesheer wieder diskutiert am falschen Platz einzusparen und „Familiensilber“ zu veräußern. Man will, wie ja schon in Graz und anderenorts schon einmal erfolgt, weitere Kasernen, Amtsgebäude sowie Flächen im Ausmaß von rund 500.000 Quadratkilometer veräußern. In Wien möchte man, wie man hört, unter anderem die strategisch gut gelegene Vorgartenstr., den Franz Josefs-Kai, die Radetzky-Kaserne und die Starhembergkaserne, sowie andere Liegenschaften veräußern, eventuell zu einem Freundschaftspreis an die BIG, zumindest wieder weit unter dem wirklichen Wert, um von dort für einen weit teureren Preis Gebäude zu mieten. Eigentum und damit Familiensilber einmal veräußert kann nicht mehr widererstanden werden und Miete ist immer teurer als Besitz.

Gerade der tragische Vorfall hat uns aber gezeigt, wie wichtig Zivilschutz ist. Schauen wir doch, dass wir die umfassende Landesverteidigung ins Zentrum rücken, dass wir in die vorhandenen Objekte investieren, um sie auf einem modernen Stand zu bringen und bauen unsere Kasernen als angemessene Unterkunft für unsere jungen Staatsbürger sowie zu einer effektiven militärischen Infrastruktur, zu Sicherheitsinseln und als Bereitstellungsräume aus. Die aktuelle Entwicklung in Europa zeigt, dass wir in diese Richtung endlich aktiv werden müssen und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Beschlüsse

Wir benötigen im Zeitalter der Digitalisierung und Veränderung der Interessenlagen, sowie der Entwicklungen in und um Europa eine starke, selbstbewusste umfassende Landesverteidigung, die nicht nur im Falle eine Krise in der Lage ist, die österreichische Bevölkerung zu schützen, sondern, die auch in der Lage ist, mit den modernen neuen Herausforderungen Schritt zu halten und die durch Akzeptanz und Respekt der Politik und Bevölkerung getragen und unterstützt wird. Zivile Landesverteidigung heißt auch die Resilienz der Bevölkerung stärken. Dafür bedarf es auch angemessene Mittel und Beiträge vom Land Wien.

Die umfassende Landesverteidigung ist einfach zu wichtig um sie zum Spielball politischer Phantasien oder „Austauschgeschäfte“ werden zu lassen oder aber, sie zum ständigen Bittsteller nötiger finanzieller Mittel, die es für eine moderne Ausrüstung benötigt, zu degradieren.

Angenommen ☐	Zuweisung ☒	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒
-------------------------------------	---	------------------------------------	-------------------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Vorstand der AK Wien teilt das Anliegen des Antrages, die zivile Landesverteidigung (deren Kern der Zivilschutz ist) zu stärken. Fälle wie der Tschernobyl-Unfall 1986, Lawinenkatastrophen, die gegenwärtige Pandemie und der dem Antrag zu Grunde liegende Terroranschlag sind Beleg dafür, dass Investitionen in wirksamen Schutz der Bevölkerung in den verschiedenen Bereichen (Gesundheitspolitik, Polizei samt guter Abstimmung ihrer Untergliederungen und Qualitätsmanagement, Katastrophenvorsorge usw) notwendig sind.

Die Veräußerung von Bundesliegenschaften wie den genannten Kasernen zu nachteiligen Bedingungen sowie dort, wo es nicht unbedingt zur Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Zwecke erforderlich ist, wird vom Vorstand ebenfalls abgelehnt.

Angenommen ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐	Ablehnung ☐
Wr Vorstand am:	23.03.2021	Rückstellung ☐	BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung bzw. zur Information an: Weinke, Fürst (LI)			

FA/FPÖ Antrag 01 an die 174. Vollversammlung der AK Wien

Corona - Maßnahmen

Die 174. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich vehement dafür einzusetzen, dass die zuständigen Bundesminister und Bundesministerinnen dafür Sorge tragen, dass

- die COVID-19-Aufzahlungen für Notstandshilfebezieher durch das Arbeitsmarktservice umgehend, monatlich und pünktlich erfolgen und sichergestellt wird, dass dieser Modus auch eingehalten wird.
- die Kinderbeihilfe bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Kindes für jene Monate verdoppelt und unverzüglich ausbezahlt wird, in denen die Betreuungseinrichtungen wie Schulen, elementarpädagogische Einrichtungen und Horte Corona bedingt geschlossen sind.
- die rechtlichen, administrativen und finanziellen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Bundesgenossenschaft für Pflege und Betreuung geschaffen werden, um unselbständige Pflege und Betreuung für die Betroffenen zu erleichtern.
- Pflegekräfte besser entlohnt werden.
- dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorgelegt wird, welches die Regelungen für ein Maßnahmenpaket zu einem Preismonitoring und einem Inflationsstopp in COVID-19-Zeiten beinhaltet, welches einen COVID-19-Warenkorb (enthält unter anderem Lebensmittelpreise, Hygieneartikelpreise, Mietpreise, Heizkostenpreise, Spritpreise, Fahrtkostenpreise im öffentlichen Verkehr usw.), der die Preise für Waren und Dienstleistungen beinhaltet, sowie die Bereitstellung der Daten für diesen durch die Statistik Austria und die Schaffung eines COVID-19-Preisbandes, das beim Abweichen einzelner Endverbraucherpreise, von mehr als zehn Prozent, eine Informationspflicht an den zuständigen Konsumentenschutzausschuss des Nationalrats auslöst, sowie einen Beauftragungsmechanismus durch den zuständigen Konsumentenschutzausschuss gegenüber dem zuständigen Konsumentenschutzminister, zur Erlassung eines Preisstopps für einzelne Waren und Dienstleistungen mit einer Befristung von 30, 60, 90 bzw. 120 Tagen je nach Anlassfall.
- das Selbsterhaltungs-Stipendium auf mindestens € 1.000,- erhöht und die Altersgrenze für den Erhalt eines solchen von 35 auf 45 Jahre angehoben wird.
- alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um eine Solidarabgabe für Online-Konzerne einzuführen (bis auf europäischer Ebene die Digitale Betriebsstätte/Gesamtkonzernbesteuerung umgesetzt ist).
- der Bezug der aktuellen Arbeitslosenversicherungsleistung für die Dauer der Krise, mindestens jedoch bis zum 31. Mai 2021 verlängert werden muss und zusätzlich ein "COVID-19-Ausgleich" für Arbeitslose in Form eines 30-%igen Zuschlages zu allen Arbeitslosenversicherungsleistungen, rückwirkend mit 15. März 2020 gewährt wird.

Begründung:

Corona hat die österreichische Bevölkerung, die Politik, das Gesundheitssystem, die Wirtschaft mit ihren Unternehmungen und damit auch den Arbeitsmarkt vor eine der der größten Herausforderungen der zweiten Republik gestellt. Die Folgen sind für viele drastisch und oft noch nicht absehbar.

Im Zuge der Corona-Krise haben mehr als 1,8 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren oder durch die Kurzarbeit deutliche weniger Einkommen. Die Mehrheit der österreichischen Familien haben mit finanziellen Einbußen zu kämpfen, sie brauchen jetzt konkrete Hilfe und Sicherheit.

So hat zum Beispiel das AMS im Mai Betroffene mittels Bescheid informiert, dass die durch den Gesetzgeber beschlossenen Berechnungen und Aufzahlungen auf den regulären Arbeitslosenbezug, aufgrund des notwendigen Datenabgleichs, erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen können, was zu weiteren unzumutbaren Härtefällen geführt hat.

Eltern und insbesondere Mütter haben während der Corona-Krise enormes geleistet und hatten oft mit einer Mehrfachbelastung von Kinderbetreuung, HomeSchooling und gleichzeitiger Erwerbsarbeit zu kämpfen. Eine Verdoppelung der Familienbeihilfe für jene Monate, in denen die Betreuungseinrichtungen, insbesondere Schule, geschlossen waren, wäre gerade für Familien mit wenig oder gar keinem Einkommen eine große finanzielle Hilfe.

Corona hat einmal mehr auch die Probleme in der Pflege verdeutlicht, die seit Jahren eine praxistaugliche Lösung verhindern. Leistbare Pflege und Betreuung mit einer rechtlich einwandfreien Lösung, vor allem in Bezug auf die arbeitsrechtliche Komponente und ohne bürokratische Hürden bleiben ein Wunsch. Die undurchsichtige Vermittlung von Pflegekräften über Pflegeagenturen mit nicht nachvollziehbaren Haftungssituationen in COVID-19-Fällen haben einmal mehr aufgezeigt, wie wichtig es ist, dass hier klare organisatorischen Strukturen geschaffen werden.

Zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurden in Österreich – wie auch in anderen Ländern – Maßnahmen gesetzt, die das öffentliche und private Leben stark einschränken, wie Ausgangsbeschränkungen, Absagen von Großveranstaltungen, das Schließen von Geschäften, Dienstleistungsunternehmen und Produktionsbetrieben bis hin zur Quarantäne ganzer Regionen. Das hat aber auch Auswirkungen auf die Inflationsbemessung. Viele der gemessenen Preise waren aufgrund der geschlossenen Geschäfte nicht mehr zu erheben. Dies kann, bis zu zwei Drittel des gesamten Warenkorbs betreffen. Ein staatliches Preismonitoring und damit ein Inflationsstopp muss daher insbesondere zum Schutz von Konsumenten eingeführt werden. Damit gilt es zu verhindern, dass Preiserhöhungen und eine entsprechende Inflation diese Gruppen, die bedingt durch COVID-19-Maßnahmen mit fehlendem Teuerungsausgleich bei Lohnanpassungen, Lohn- und Gehaltsreduktionen durch Kurzarbeit oder Einkommenseinbußen in Folge von Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit besonders benachteiligt und damit in soziale Existenzbedrohung gebracht werden.

In den letzten Monaten mussten sich viele Betriebe und Unternehmen in Folge von COVID-19 und des verordneten Lockdowns massiv verschulden und befinden sich nach wie vor, wenn auch mit branchenabhängigen Unterschieden, in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Lage. Die WKO-Bundessparte Gewerbe und Handwerk geht in der „Presse“ vom 8. September 2020 davon aus, dass die rund 230.000 Unternehmen in Gewerbe und Handwerk bis Jahresende einen Umsatzverlust von mindestens 11 Mrd. Euro hinnehmen werden müssen. Besonders hart trifft es Betriebe im Kreativ- und Designbereich wie die Eventbranche bzw. Unternehmen im Gesundheits- und Wellnesssektor, Tourismus und Gastgewerbe.

Die Bundesregierung spielt aktuell mit dem Gedanken eines weiteren Lockdowns ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen, die viele Betriebe die Existenz kosten und damit auch Erwerbstätige nachhaltig weiter schädigen werden.

Im Zuge der Corona-Krise müssen sich viele Arbeitssuchende neu orientieren, umlernen und eventuell studieren. Sie stoßen dabei finanziell oft an ihre Grenzen und erhalten dafür wenig Unterstützung. Diese wäre aber aktuell wichtig, um zukünftige Aufgaben zu meistern und am Arbeitsmarkt zu reüssieren.

Selbsterhaltungs-Stipendien stehen aber nur bis zum 35sten Lebensjahr zu und sind mit maximal € 801,- monatlich, mit einer zweimaligen altersbedingten Erhöhung um je € 20,00, dotiert.

Ein weiteres Problem der Corona-Krise ist der Umsatzrückgang im Österreichischen Handel in Höhe von voraussichtlich über 15 Mrd. Euro und der damit einhergehenden Insolvenzen vieler kleine Handelsbetriebe. Viele Angestellte verlieren ihren Arbeitsplatz. Der Gewinner der Pandemie ist der Onlinehandel, der seine Gewinne oftmals in steuerschonende Steueroasen verschiebt. Alleine der Wert von Amazon stieg von März 2020 bis Juni 2020 von 752 Mrd. € auf 1122 Mrd. €. Diese riesen Gewinne sind nicht nur auf gestiegene Umsätze zurückzuführen, sondern unter anderem auch auf prekäre Arbeitsbedingungen.

Die negativen Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf den österreichischen Arbeitsmarkt, der die höchste Zahl an Arbeitslosen und Kurzarbeit beschert hat, werden wir noch lange spüren. Mit der Ausgleichszahlung für Arbeitslose, die über die Finanzämter, bei denen die Daten aller Erwerbstätigen vorhanden sind, automatisch, ohne formale Antragstellung, ausgezahlt werden soll, kann die Wirtschaft unterstützt werden.

Angenommen ☐	Zuweisung ☒	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒
-------------------------------------	---	------------------------------------	-------------------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Antrag beinhaltet eine breite Palette an COVID-19 relevanten Maßnahmen, die im Detail in den zuständigen Ausschüssen diskutiert werden sollten.

In aller Kürze stellt der Vorstand der AK Wien zu den einzelnen Punkten folgendes fest:

- **Notstandshilfe:** wird voll unterstützt.
- **Kinderbeihilfe:** Betreuungseinrichtungen waren nie völlig geschlossen; die Stoßrichtung muss in Richtung möglichst normalen Unterrichts bzw Betreuung gehen und nicht in eine finanzielle Transferleistung.
- **Bundesgenossenschaft für Pflege und Betreuung:** Das Anliegen ist unklar und ist im zuständigen Ausschuss zu diskutieren.
- **Entlohnung der Pflegekräfte** ist ein Thema der zuständigen Gewerkschaften.
- **Inflationsstop:** Inwieweit dies volkswirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist oder in eine deflationäre Abwärtsspirale führt, wäre im zuständigen Ausschuss zu diskutieren.
- **Der völlige Ausschluss eines weiteren Lockdowns** wird abgelehnt, weil dies von der Entwicklung der Pandemie und anderen Faktoren abhängt und die notwendigen Maßnahmen situationsgerecht getroffen werden sollen – selbstverständlich auch unter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher, psychischer und bildungspolitischer Bedürfnisse.
- **Anhebung des Selbsterhaltungsstipendiums:** Wird vom Vorstand grundsätzlich geteilt, im Detail im Ausschuss zu besprechen. Gleiches gilt für die Solidarabgabe für Online-Konzerne und die beantragten Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung.

Angenommen ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐	Ablehnung ☐
Wr Vorstand am:	23.03.2021	Rückstellung ☐	BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung bzw. zur Information an: Weinke, Fürst (LI)			

TOP 2.4 Aufnahme in den 71. Lehrgang der Sozialakademie

Die Aufnahmegespräche für den 71. Lehrgang der Sozialakademie, der am 06.09.2021 beginnt, sind abgeschlossen.

Aufgrund der Ergebnisse der Aufnahmegespräche, der Rücksprache mit den Gewerkschaften sowie dem ÖGB werden folgende KollegInnen aus Wien zur Entsendung in den 71. Lehrgang vorgeschlagen:

Name	Firma	Funktion	Gewerkschaft
Altmann Marcus	ÖGB – Jugendabteilung	Organisationsassistent	gpa
Czubik Gonda	Lohmann und Rauscher GmbH	BR-Vorsitzende	gpa
Eberhart Eva	Nordsee	BR-Vorsitzende	vida
Feigl Natascha	Wiener Sozialdienste, Alten- und Pflegedienste	BR-Vorsitzende Stv.	vida
Großkopf Christoph	Austria Presseagentur (APA)	BR-Mitglied	gpa
Kacirek Martin	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	BR-Mitglied	gpa
Sauer Helmut	vida Wien	BR-Ersatzmitglied	vida
Steininger Martin	Wiener Linien	BR-Ersatzmitglied Jugendvertrauensrat	younion

Die endgültigen Entsendungen aus den Bundesländern liegen noch nicht vor. Insgesamt wurden - inklusive Wien - 21 KollegInnen für die Aufnahme in den 71. Lehrgang der Sozialakademie nominiert.

Bschlussvorschlag:

Der Vorstand der AK Wien beschließt, die obengenannten KollegInnen für den 71. Lehrgang der Sozialakademie zu nominieren.

Angenommen ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐	Ablehnung ☐
Wr Vorstand am:	23.03.20201	Rückstellung ☐	BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung an: Mang Sabine, Sever Georg; Daumen Brigitte (AV), Fürst Alice, Bröthaler Gerhard (LI)			

TOP 2.5 Aufnahme in den 19. Lehrgang der Wiener BetriebsrätInnen-Akademie

Aufgrund der Ergebnisse der Aufnahmeworkshops und nach Rücksprache mit den Gewerkschaften werden folgende KollegInnen als TeilnehmerInnen für den 19. Lehrgang der Wiener BetriebsrätInnen Akademie 2021 nominiert:

Name	Firma	Funktion	Gewerkschaft
Arpa Christoph	BBRZ Region Ost	BR-Vorsitzender Stv.	gpa
Baumegger Karin	Erste Bank d. österr. Sparkassen AG, Betrieb Österreich	BR-Mitglied	gpa
Baumgartner Gerd	BMW Wien	BR-Vorsitzender	gpa
Bechter Nicolas	ORF Online und Teletext GmbH & Co KG-MMS	BR-Vorsitzender Stv.	gpa
Benes Wolfgang	Leopold Museum Privatstiftung	BR-Vorsitzender	GÖD
Biebl Christoph	Wiener Staatsoper GmbH.	BR-Vorsitzender	younion
Cicek Özlem	Österr. Gewerkschaftsbund vida Wien	Gew. Sekretärin	vida
Fally Nathalie	AIDA Prod GmbH & Co KG	BR-Vorsitzende Stv.	ProGe
Fuchs Patrick	Wien Energie GmbH	BR-Mitglied	younion
Kalb Ilse Gisela	Hanusch-Krankenhaus	BR-Vorsitzende Stv.	gpa
Kleinert Karl	Wiener Lokalbahnen GmbH	BR-Vorsitzender	vida
Malle Judith	Österreichische Lotterien GmbH	BR-Vorsitzende Stv.	gpa
Manik Zorica	Wiener Rotes Kreuz Pflege- und Betreuung Rettungs-Krankentransporte	BR-Mitglied	vida
Maresch Gerald	ISI Automotive Austria GmbH.	BR-Vorsitzender Stv.	ProGe
Novak Gloria	BBRZ Region Ost	BR-Mitglied	gpa
Prinz Elisabeth	BWS Gemeinnützige allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. GmbH	BR-Mitglied	vida
Reiss Sylvia	ÖBB-Business Competence Center GmbH	BR-Vorsitzende Stv.	vida
Sauer Nadine	Kronehit Radio BetriebsgmbH	BR-Vorsitzende	gpa
Schatzinger Christian	Austria Tabak GmbH	BR-Mitglied	gpa

Schlaudosich Dieter	FACILITYCOMFORT Energie- und Gebäudemanagement GmbH	BR-Vorsitzender Stv.	ProGe
Schossmann- Peic Herbert	Vamed KMB Krankenhausmanagement und Betriebsführungsges.mbH	BR-Vorsitzender Stv.	gpa
Ullram Juergen	ÖBB Produktion GmbH PR	BR-Ersatzmitglied	vida
Vesecky Beate	Pensionsversicherungsanstalt	BR-Mitglied	gpa
Vogt Markus	Wiener Lokalbahnen Cargo GmbH	BR-Vorsitzender	vida

Folgende KollegInnen werden für die Warteliste nominiert:

Name	Firma	Funktion	Gewerkschaft
Kniefacz Bernd	Landeslehrer Wien	Mitglied im Hauptausschuss	GÖD
Ilic Zoran	Österr. Gewerkschaftsbund GPA Wien GPA	Gew. Sekretär	gpa
Stroh Patrick	Friedhöfe Wien GmbH	BR-Ersatzmitglied	younion
Zwinger Patrick	Samariterbund Österreich Rettung u. Soziale Dienste	BR-Ersatzmitglied	vida

Beschlussvorschlag:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die Aufnahme der oben angeführten KollegInnen in die 19. Wiener BetriebsrätInnen Akademie 2021. Sollten eine oder mehrere der aufgenommenen Personen nicht teilnehmen können, rücken die in der Warteliste angeführten KollegInnen nach.

Angenommen ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐	Ablehnung ☐
Wr Vorstand am:	23.03.20201	Rückstellung ☐	BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung an: Elisabeth Steinklammer, Sabine Mang; Brigitte Daumen (AV), Alice Fürst, Gerhard Bröthaler (LI)			

TOP 2.6 Änderungen in den Fachausschüssen

FA Wiener Pflasterer (GBH)

Mitglied ausgeschieden
Anton KORNTHEUER
(verstorben)

FA der Privat- und Ordenskrankenhäuser, priv. Kur- und Rehaeinrichtungen (Gew. vida)

Mitglied neu
GENNAT Anja

Mitglied ausgeschieden
WENZEL Anna

Ersatzmitglied neu
STANOVA Slavka

Ersatzmitglied ausgeschieden
MARINOVIC Helga
KIEN Helga

FA HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen (Gew. vida)

Ersatzmitglied ausgeschieden
SCHWEIGHART Gerlinde

FA Soziale Dienste (Gew. vida)

Mitglied neu
FIKIC Vesna – vormalig Ersatzmitglied
BOSTAN Jelena – vormalig Ersatzmitglied
KLIMEK Margit – vormalig Ersatzmitglied

Mitglied ausgeschieden
HABLE Ursula
ZEICHMANN Wilhelm-Josef
ENGELHART Gabriele

Ersatzmitglied ausgeschieden
FIKIC Vesna – jetzt Mitglied
BOSTAN Jelena – jetzt Mitgl.
KLIMEK Margit – jetzt Mitglied

FA Hotel- und Beherbergungsbetriebe (Gew. vida)

Ersatzmitglied neu
WIN Nyan
CULIC Silvija

Ersatzmitglied ausgeschieden
SCHÖFFAUER Manijeh

FA Mechaniker (PRO-GE)

Mitglied neu
KABICHER Andreas

Mitglied ausgeschieden
FELBER Roman – jetzt EM

Ersatzmitglied neu
FELBER Roman – vorm. Mitgl.
SCHNEIDER Lukas

FA Metall- und Orthopädietechnik (PRO-GE)

Ersatzmitglied neu

DOBIDA Marcel

BAHRINGER Herbert

Angenommen ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐	Ablehnung ☐
Wr Vorstand am:	23.03.2020	Rückstellung ☐	BEDO ☐
Zur weiteren Bearbeitung an: Norbert Bacher-Lagler, Karin Taraba (FA), Gerhard Bröthaler, Alice Füst (LI)			